Avanti Rhein-Neckar
147 / November 2026

Avanti 2

1,00 Euro (Solipreis 2 Euro)

Theoriebeilage
„Wiederkehr des Faschismus“
von
Helmut Dahmer

ISO Rhein-Neckar

GEMEINSAM GENERALANGRIFF STOPPEN!

INHALT

TITEL

01 GENERALANGRIFF STOPPEN!
Was tun?

EDITORIAL / INHALT / KURZ & KNAPP

02 KAPITALISMUS
Kurz & Knapp

SEITE DREI

03 GENERALANGRIFF STOPPEN!
Was tun?

ANTIMLITARISMUS

04 BUTTER STATT KANONEN
Für unsere Rechte streiten

INTERNATIONAL

05 REVOLTE IN FRANKREICH
Frontalunterricht mit Knüppel?

ARBEITSWELT

06 GERECHTIGKEIT ERKÄMPFEN
Konferenz gegen BR-Mobbing

07 GERECHTIGKEIT ERKÄMPFEN
Demokratische Rechte stärken?

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

wieder sind es Massenproteste in Frankreich, die nicht nur uns hierzulande Hoffnung machen. Ausgehend von kleinen Schulblockaden entwickelte sich in kürzester Zeit ein breiter sozialer Widerstand.

Wieder heißt es: Französisch sprechen!

Entscheidend für die soziale und politische Gegenwehr in Deutschland ist, wie es gelingt die bescheidenen Ansätze des Protests zu bündeln und zu stärken.

Ob die laufende Tarifauseinandersetzung in der Metall- und Elektroindustrie ein Ausrufezeichen gegen den verschärften Klassenkampf von oben setzen kann, werden die nächsten Wochen zeigen.

Die vorliegende Ausgabe von *Avanti²* will dazu beitragen, den Widerstand gegen die Zumutungen der Herrschenden zu stärken.

In der Theoriebeilage veröffentlichen wir Teil I von Helmut Dahmers fundierter Analyse „Wiederkehr des Faschismus".

Wir freuen auf Euer Interesse und auf ein baldiges Wiedersehen!

Eure Redaktion

Titelbild: Sozialprotest in Paris, 17. Oktober 2026.
Foto: Photothèque Rouge/Martin Noda/Hans Lucas.

INHALT

08 GEGENWEHR STÄRKEN
Frischer Wind aus Untertürkheim (II)

„KRIEGSTÜCHTIGKEIT"

09 SCHRITTE ZUM KRIEG (II)
„Feindstaatliche Operationen"?

ISO / IV. INTERNATIONALE

10 HEISSER HERBST?
Infoabend im Oktober

ISO / IV. INTERNATIONALE

11 „SOZIALER WIDERSTAND ?"
Herbstseminar im November?

RÜCKBLENDE / TERMINE

12 UNGARN 1956
Arbeiterräte gegen Stalinismus

12 TERMINE
Welche Veranstaltungen?

THEORIEBEILAGE

01 FASCHISMUS 2.0 (I)
Ein deutsches Rätsel

KURZ & KNAPP

Sondervermögen *Sozialstaat*

R. S.

Der *Sozialstaat* war bezahlbar, ist bezahlbar und wird bezahlbar bleiben. Warum sollen die Ausgaben plötzlich nicht mehr bezahlbar sein?

Defizite durch versicherungsfremde Leistungen in Höhe von 59,8 Milliarden € oder ca. 750 € jährlich pro Versicherten sind durch die Regierungspolitik verursacht. Hierbei handelt es sich um staatliche Kernaufgaben, die aus Steueraufkommen finanziert werden müssen.

Eine weitere Ursache liegt in der unsinnigen Anzahl von 94 gesetzlichen Krankenkassen. Eine einheitliche Bürgerversicherung ist eine gute Alternative zu Sozialabbau und Privatisierung.

(Quelle: *FR*, 17.10.2026.) ■

EU-Haushalt und Aufrüstung

R. S.

Der geplante EU-Haushalt für die Zeit von 2028-2034 beträgt fast 2 Billionen Euro. Das entspricht einer Steigerung um 66 % (bzw. 7,5 % pro Jahr) gegenüber dem Budget von 1,2 Billionen € für 2021-2027.

Der Europäische Rechnungshof warnt vor einer zunehmenden Schuldenlast der EU, die sich bis 2027 auf eine Billion € erhöhen könnte. Allein für Zinszahlungen an die – durch Steuermittel in der „Finanzkrise" geretteten – Banken würden demnach von 2028-2034 bis zu 93 Milliarden € anfallen.

Rund 150 Milliarden € sind für „verteidigungsbezogene Ausgaben" (Aufrüstung) vorgesehen. Das entspricht etwa 7,5 % des neuen Gesamthaushalts.

(Quelle: *FR*, 9.10.2026.) ■

Gemeinsam für unsere Rechte streiten

Den Generalangriff der Bosse und ihrer Regierung stoppen!

KOORDINATION DER ISO/IV. INTERNATIONALE

Kein Tag vergeht, an dem Bosse, Regierung und Medien nicht behaupten, die sozialen Sicherungssysteme wären nicht mehr finanzierbar, die arbeitenden Menschen wären zu faul, zu oft krank, zu teuer und zu unflexibel. Dabei sind sie es, die den Laden am Laufen halten. Ihre Arbeit macht die Milliardäre täglich noch reicher. Doch deren Gier ist grenzenlos und zerfrisst ihnen die Gehirne.

Jetzt halten sie – nicht nur in Deutschland! – die Zeit für reif, Arbeits- und Ausbildungsplätze, Tarifverträge, soziale Sicherungssysteme für die „Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft“ einzustampfen. Gleichzeitig treiben sie die Militarisierung ohne jede finanzielle Einschränkung und zu Lasten der sozialen Sicherungssysteme in einem seit den 1950er Jahren nicht bekannten Ausmaß voran. Aber es geht um noch viel mehr. Sie wollen zivile gesellschaftliche Gegenmacht in den Betrieben wie in der Gesellschaft entscheidend schwächen und damit auch unsere demokratischen Grundrechte aushebeln. Dies ist der bisher schärfste Klassenkampf von oben in der deutschen Nachkriegsgeschichte.

Es ist gut, dass ver.di Proteste zur Verteidigung des Sozialstaats initiierte. Es ist gut, dass die IG Metall am 21. September zu einem Aktionstag in der Auto- und der Zulieferindustrie aufrief. Es ist gut, dass der DGB am 26. September bundesweit Demos organisierte. Nur, wer glaubte, dass Kapital und Regierung danach einlenken würden?

Ganz im Gegenteil! Merz verkündet nach dem historischen Durchbruch der AfD bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt ein beschleunigtes Vorantreiben der „Agenda 2030“. Konzerne legen nach: VW fordert einen Lohnstopp bis 2030, um die Profite verdreifachen zu können. Mercedes droht mittlerweile ebenfalls mit Werkschließungen.

Ausgehend von der Jugendrevolte in Frankreich ist dort und in anderen Ländern eine breite soziale Protestbewegung gegen die Zumutungen der Herrschenden entstanden. Unsere Aufgabe ist es, diese Ermutigung aufzugreifen und ähnliche Dynamiken in Deutschland zu fördern. Wir unterstützen deshalb den Aufruf zu bundesweiten Jugendaktionen am 31.Oktober, um auch hierzulande solche Proteste mit dem allgemeinen gesellschaftlichen Unmut und Widerstand zu verbinden.

1918 haben unsere Vorfahren in der Novemberrevolution den 8-Stundentag erkämpft. Mit einem 114-tägigen Streik der IG Metall gelang es, 1956/57 die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall für Arbeiter und Arbeiterinnen durchzusetzen. 1979 konnten sechs Wochen bezahlter Urlaub und 1984 der Einstieg in die heute von den Firmen attackierte 35-Stundenwoche erkämpft werden. Das alles und noch viel mehr steht jetzt auf dem Spiel.

Es gibt daher nur zwei Möglichkeiten, wenn wir nicht die weitere Schwächung von Zivilgesellschaft und insbesondere der Gewerkschaften sowie den Marsch in eine neue politische Diktatur hinnehmen wollen. Entweder halbherzig protestieren und unsere Errungenschaften Stück für Stück preisgeben. Oder gemeinsam kämpfen und unsere organisierte Gegenmacht stärken. Und das heißt: Für unsere Rechte streiken und dem Klassenkampf von oben den entschlossenen gemeinsamen Widerstand von unten entgegensetzen!

Dieser Herausforderung müssen sich alle stellen, die sich den Interessen der großen Mehrheit verpflichtet fühlen.

Die ISO und die IV. Internationale werden in diesem Sinne ihren Einsatz für den Aufbau einer gemeinsamen Front gegen die Angriffe von Regierung und Kapital sowie die Bekämpfung der faschistischen Gefahr verstärken.

Der 26. September kann nicht das Ende unseres Widerstands, sondern nur sein Anfang sein. Aktionen während der Arbeitszeit, bundesweite Aktionstage, Demonstrationen müssen folgen. Der Aufbau örtlicher Bündnisse und die Zusammenarbeit aller zum Widerstand bereiten Organisationen und Initiativen sind dafür eine Voraussetzung.

Wir rufen deshalb die sozialen Bewegungen und die Linken dazu auf, gemeinsam den Generalangriff der Bosse und ihrer Regierung zu stoppen!

Wir rufen unsere Gewerkschaften auf: Setzt die gewerkschaftliche Kraft für die gemeinsame und konsequente Verteidigung der Interessen unserer Klasse ein!

Wir rufen deshalb auch alle von Entlassungen oder Werksschließungen bedrohten Belegschaften auf: Koordiniert den Widerstand über alle Grenzen hinweg!

Wer nicht kämpft, hat schon verloren. Nur wer kämpft, kann gewinnen!

24. Oktober 2026 ■

Foto: Photothèque rouge/Martin Noda/Hans Lucas.

„Was auch immer geschehen mag: Die Welt von morgen gehört uns“, Paris, 17. Oktober 2026.

EU-Gipfel puscht Militarisierung „Kanonen statt Butter“

H. S.

Die EU-Regierungen, allen voran Berlin, drängen auf eine Verlängerung und Ausweitung des Ukrainekriegs. Dabei geht es nicht um den Schutz der Menschen in der Ukraine, die gerade in diesem geopolitischen Stellvertreterkrieg zwischen NATO und Russland als Kanonenfutter verheizt werden. Es geht vielmehr darum, die Europäische Union zu einer eigenständigen Militärmacht aufzubauen. Das wurde jedenfalls auf dem EU-Gipfel Mitte Oktober 2026 deutlich.

Dieser Kurs geht mit einer Eskalation einher, die nicht nur auf eine Intensivierung des Ukraine-Krieges setzt, sondern auch die Gefahr einer direkten, möglicherweise auch mit Atomwaffen geführten Auseinandersetzung zwischen der NATO und Russland verstärkt.

Aufrüstung und Sozialabbau

Die Kriegstreiberei nach außen ist mit verschärften sozialen Angriffen und autoritären Maßnahmen im Inneren verbunden. Die europäische Antwort auf die Krise des Bündnisses mit den USA ist ein gigantisches Aufrüstungsprogramm. Mit „ReArm Europe“ sollen bis 2030 zusätzliche Militärausgaben von bis zu 800 Milliarden Euro möglich werden; das SAFE-Programm stellt 150 Milliarden Euro an Krediten bereit.

In Deutschland sollen die Verteidigungsausgaben 2027 auf etwa 140 Milliarden Euro steigen – und auf weit über 200 Milliarden 2029. Die Bundesregierung will die Bundeswehr zur stärksten konventionellen Armee Europas aufbauen und schielt auf eine atomare Bewaffnung.

Diese Summen haben unmittelbare gesellschaftliche Konsequenzen. Während für Aufrüstung die Schuldenregeln gelockert werden, organisieren die europäischen Regierungen historische Kürzungen bei sozialen Leistungen und öffentlichen Diensten.

Unter dem Schlagwort „Wettbewerbsfähigkeit“ verabschiedete der EU-Gipfel Maßnahmen zur Deregulierung, beschleunigte Genehmigungsverfahren und weitere wirtschaftliche Umstrukturierungen. Arbeits- und Ausbildungsplätze sollen einfacher abgebaut, Löhne gekürzt und Arbeitsbedingungen verschlechtert werden.

Wachsender Widerstand in Europa

Die extreme Militarisierung ist auch eine Reaktion auf den wachsenden sozialen und politischen Widerstand in Europa. In Frankreich, Italien, Spanien und anderen Ländern entwickeln sich Massenproteste und Streiks gegen Sozialkürzungen, Militarismus und autoritäre Maßnahmen.

Angesichts der tiefen Krise der etablierten Parteien versuchen die herrschenden Klassen, diese Opposition durch Kriegspropaganda und Nationalismus zu schwächen und die Bevölkerung auf Militarisierung und Kriegstreiberei einzuschwören.

Doch dieser Kurs wird die Klassengegensätze noch weiter verschärfen. Die gigantischen Rüstungsausgaben, die Zerstörung von Arbeitsplätzen und Sozialleistungen und die zunehmenden Angriffe auf demokratische Rechte werden den Widerstand von Teilen der arbeitenden Klasse und der Jugend nicht ersticken, sondern weiter stärken.

Gegenwehr in Deutschland?

In Deutschland ist die Gegenwehr gegen die Angriffe von Kapital und Politik bisher viel zu wenig sichtbar. Die Gewerkschaftsführungen verharren immer noch in ihren sozialpartnerschaftlichen Träumen.

Die Gewerkschaftsproteste im September waren unzureichend. Eine Perspektive konsequenter Verteidigung, zum Beispiel mit wirksamen Streiks, ist bislang nicht zu erkennen.

Jetzt braucht es eine Gewerkschaftspolitik, die bereit ist, sich dem Konflikt mit dem Kapital nicht nur national, sondern auch international entgegenzustellen. Dies ist auch das beste Gegenmittel gegen den weiteren Aufstieg des Faschismus.

Die arbeitende Klasse und die Gewerkschaftsbewegung müssen sich unabhängig von den etablierten Parteien organisieren und ihre Kämpfe über alle Grenzen hinweg gegen Kapitalismus, Faschismus, Militarismus und Krieg vereinen. Millionen sind stärker als Milliardäre! ■

DGB-Demo in Stuttgart, 26. September 2026. *Foto: Helmut Roos.*

Revolte in Frankreich

M. G.

Ab Ende August 2026 fanden in französischen „Überseedepartements“ erste Schulblockaden statt.

Mitte September passierte es auch in der Bretagne, und am 17. September protestierten Schüler:innen in Créteil bei Paris im Anschluss an einen Streik ihrer Lehrkräfte gegen die unhaltbaren Zustände an ihrer Schule.

Sehr schnell breitete sich danach eine landesweite Bewegung gegen die Misere im Bildungswesen aus, die durch die staatliche Kürzungs- und Selektionspolitik verursacht worden ist.

Brutale Polizeigewalt

Die Regierung versuchte, die Schulblockaden mit brutaler Polizeigewalt zu unterdrücken und mit gesteuerter Medienberichterstattung zu diskreditieren. Jedoch ist diese Strategie bisher gründlich gescheitert.

Das lag weniger daran, dass bald auch Universitäten bestreikt wurden. Mit entscheidend für die Ausweitung der Proteste war die solidarische und mutige Reaktion von Lehrkräften, Eltern, Gewerkschaftsmitgliedern und einzelnen Politiker:innen. Sie stellten sich schützend vor die Schüler:innen und erschwerten Polizeiübergriffe. Zudem gab es im Öffentlichen Dienst Streiks, wie den der Feuerwehrleute.

So konnte sich die Jugendrevolte zu einem massenhaften sozialen Widerstand ausweiten. Nach Gewerkschaftsangaben demonstrierten am 29. September bereits 300.000 Menschen im ganzen Land. Jeweils rund 800.000 protestierten sowohl am 17. als auch am 24. Oktober gegen die Folgen der neoliberalen Politik Macrons und seiner Regierung.

Empörung von „unten“

Es gibt nicht nur in Frankreich, sondern auch international eine enorme Empörung von „unten“ über die soziale Ungerechtigkeit und Ungleichheit sowie die Arroganz und Gier der „da oben“.

Junge und Ältere, Schüler:innen, Studierende, Arbeiter:innen, Angestellte, Bäuer:innen und Rentner:innen protestieren gemeinsam. Preissteigerungen, Repression, Rassismus und vieles mehr machen sie wütend.

Foto: Photothèque Rouge/Martin Noda/Hans Lucas.

250.000 in Paris, 24. Oktober 2026.

Die in Panik geratene Staatspitze unter Präsident Macron, setzt nach wie vor auf massive Repression, die sie mittlerweile taktisch mit „Gesprächsangeboten“ und „Zugeständnissen“ garniert.

Jedoch greifen ihre schwerbewaffneten „Ordnungskräfte“ nach wie vor friedliche Demos an. Sie verletzten schon bislang Hunderte von Menschen – zum Teil schwer. Sie griffen Tausende mit Tränengas und Schlagstöcken an, kesselten sie ein, nahmen sie fest. Ausgangsperren wurden verhängt.

Lügen der Herrschenden

Diese Polizeistaatsmethoden werden in „Nachrichten“ rund um die Uhr gerechtfertigt. Sie verbreiten ständig (besonders eifrig auch in Deutschland!) die Lügen der Herrschenden, die dem Faschismus weiter den Weg ebnen: Die „Gewalt der Straße“ und der „extremen Linken“ müsse mit allen Mitteln eingedämmt werden. Nur so könnten „Ruhe und Ordnung“ wieder hergestellt werden.

Ja, es gab und gibt Gewalt von Trittbrettfahrern der friedlichen Massenproteste. Das sind Grüppchen von Pseudoradikalen oder Gangs von ausgegrenzten Jugendlichen aus den heruntergekommenen Ghettos der Vorstädte.

Nicht zuletzt spielen aber als „Autonome“ verkleidete Zivilpolizisten, „Agents provocateurs“, eine zentrale Rolle. Sie produzieren Vorwände für die enorme Brutalität der schwer bewaffneten Polizeitruppen und ermöglichen TV-Bilder von „gewalttätigen Randalierern“. Damit helfen sie auch, die staatliche Repression gegen linke Organisationen wie die NPA und deren Sprecher Philippe Poutou vorzubereiten.

Chancen der Gegenwehr

In einem Interview mit marx21.ch meinte unser französischer Genosse Olivier Besancenot: Es ist „äußerst wichtig, das Ausmaß dessen zu verstehen, was gerade geschieht. Ich habe an dieser Demonstration [am 17.10.] teilgenommen und habe in meinem ganzen Leben noch nie eine ähnliche erlebt, was die Größe, die Entschlossenheit und die soziale Vielfalt betrifft.“

Oliviers Einschätzung nach handelt es sich um eine Bewegung, „die nicht einfach so verschwinden“ wird. Denn „es steckt etwas zu Starkes, zu Tiefgreifendes in dem, was sich gerade geäußert hat: eine Bewegung, die ausschließlich über die sozialen Netzwerke mobilisiert und anschließend von einer Reihe von Organisationen unterstützt wurde. Das sagt etwas über eine neue Phase aus, die voller neuer Möglichkeiten ist und die uns Hoffnung geben muss, trotz der Sorgen, die anhalten“.

Vor allem die für den 5. November geplanten branchenübergreifenden Streiks werden zeigen, wohin die Reise geht.

Denn nur Massenstreiks der arbeitenden Klasse können sichtbar machen, wer den gesellschaftlichen Reichtum produziert und den Laden am Laufen hält. Nur so kann neues politisches Klassenbewusstsein entstehen. Nur so können bessere Zeiten durchgesetzt werden. ■

13. bundesweite Konferenz „Betriebsräte im Visier“ „Gerechtigkeit erkämpfen!“

H. N.

Am 10. Oktober 2026 fand die 13. Bundeskonferenz „Betriebsräte im Visier“ im Mannheimer Gewerkschaftshaus statt. Ein anspruchsvolles Programm erwartete die aus nah und fern angereisten zahlreichen Teilnehmer:innen, darunter erfreulicherweise auch viele neue Gesichter.

Die diesjährigen Betriebsratswahlen haben laut der Einladung zu dieser Tagung durch das Komitee „Solidarität gegen BR-Mobbing!“ eine „weitere Radikalisierung der Bekämpfung von aktiven, gewerkschaftlichen Kolleg:innen gezeigt“.

Die Grußworte des DGB Baden-Württemberg, der IG Metall (IGM) Mannheim und von ver.di Rhein-Neckar unterstrichen daher nicht nur die Bedeutung der Konferenz, sondern auch die Notwendigkeit des Kampfs gegen das Bossing und Mobbing von Betriebsräten.

Ein erster inhaltlicher Schwerpunkt der Zusammenkunft von ehren- und hauptamtlich Aktiven aus Einzelgewerkschaften wie EVG, IGBCE, IGM, GEW und ver.di sowie dem Dachverband DGB befasste sich mit dem Thema „Wie haben wir trotz Angriffen erfolgreich die BR-Wahlen 2026 bestritten?“.

Beispiele erfolgreicher Gegenwehr

In diesem Zusammenhang war der Bericht von Betriebsräten des Weinheimer Bodenbelagsherstellers nora systems schon deshalb spannend, weil der „Skandal bei nora“ 2012 zur Gründung des Mannheimer Solikomitees geführt hatte. Damals kooperierten eine unternehmenshörige BR-Mehrheit und die Geschäftsleitung bei der Kündigung des kämpferischen Betriebsrats Helmut Schmitt.

Nicht zuletzt dank der starken Unterstützung des Komitees konnte Helmut wieder in das Unternehmen zurückkehren. Das war eine entscheidende Voraussetzung, um die Zusammensetzung des BR-Gremiums im Interesse der Belegschaft zu verändern.

Bereits bei den vorletzten BR-Wahlen konnte die basisorientierte IGBCE-Liste eine Mehrheit der Mandate erringen. Durch ihre systematische und konsequente Tätigkeit gelang es den Kolleg: innen, nicht nur den gewerkschaftlichen Organisationsgrad im Betrieb deutlich zu steigern, sondern 2026 sogar alle 13 BR-Sitze zu erringen!

Foto: Helmut Roos.

Konferenz „Betriebsräte im Visier“ in Mannheim, 10.10.2026.

Nicht minder bemerkenswert waren die Ausführungen von Isabella Paape, IGM-Betriebsrätin bei Siemens Energy in Erlangen. Am 12. November 2025 wurde ihr fristlos unter fadenscheinigen Vorwänden gekündigt. Wegen ihres unermüdlichen Einsatzes für die Interessen ihrer Kolleg:innen war sie bereits zuvor abgemahnt worden.

Sehr reflektiert schilderte Isabella, wie es ihr gelang, das Blatt zu wenden und ihre Rückkehr in das Unternehmen zu erstreiten – mit einem engagierten Kreis von Unterstützer:innen, einer erfahrenen Rechtsvertretung und einer offensiven Öffentlichkeitsarbeit. Ein großartiger und mutmachender Erfolg im Widerstand gegen BR-Mobbing und Gewerkschaftsbekämpfung!

Tesla und das „Recht des Stärkeren“

„Musks Tesla-Imperium eine rechtsfreie Zone?“ – so lautete die Fragestellung für den zweiten thematischen Schwerpunkt der Konferenz. Jannes Bojert, Leiter des Teasla-Teams der IGM, stellte sehr fundiert den hartnäckigen Kampf für einen der Belegschaft verpflichteten Betriebsrat und die Tarifbindung dar.

Mit ausgeklügelten Machenschaften organisierte das Tesla-Management unter direkter Mitwirkung Musks, des reichsten Manns der Welt, erfolgreich ein „Deep Union Busting“. Die IG Metall-Liste „Tesla Workers GFFB“ landete daher trotz einer massiven und gut durchdachten Kampagne nur auf dem zweiten Platz, aber der Kampf geht weiter.

In der anschließenden emotional und dennoch solidarisch geführten Plenumsdiskussion meldeten sich zahlreiche Kolleg:innen aus den unterschiedlichsten Bereichen (Bildung, Dienstleistungen, Gesundheit, Industrie, Verkehr …) zu Wort. Sie machten einerseits deutlich, wie sehr die begrenzten Rechte aus dem Betriebsverfassungsgesetz mittlerweile seitens der Bosse und ihrer Handlanger missachtet werden. Andererseits wurde klar, dass Aufgeben keine Option ist.

Notwendigkeit der starken Gegenmacht

Der dritte und abschließende Teil der Tagung sollte Antworten finden auf die letztlich entscheidende Frage „Was hilft uns, betriebliche Gegenmacht zu stärken?“.

Alexander Mohrlang (IGM-Vorstand) präsentierte interessante Vorschläge, wie sich Gewerkschaften in „Zeiten des rechtsautoritären Tech-Kapitalismus“ gegen die „Übermacht“ des Großkapitals behaupten können. Die gewerkschaftspolitische Fokussierung auf „Wettbewerbsfähigkeit“ hat seiner Ansicht nach in

die Sackgasse geführt. Stattdessen sollten Gewerkschaften von konkreten menschlichen Erfahrungen in der Arbeitswelt ausgehen und Themen wie „Gesundheit und Arbeit“ sowie „Alltag und Zukunft“ aufgreifen.

In Ergänzung dazu untersuchte Mohrlangs Kollegin Hanna Kaiser aus einem psychologisch begründeten Blickwinkel, wie „kollektives Handeln trotz Repression“ möglich ist. Das Zusammenwirken in dezentral organisierten „kooperativen Systemen“ ermöglicht ihr zufolge mehr psychische Widerstandskraft und Stabilität in den durch BR-Mobbing verursachten Krisensituationen.

Ein abschließender Impulsvortrag des Solikomitees betonte, dass Betriebsräte und Gewerkschaften „mit einem anhaltenden, zunehmend bedrohlicheren politischen Rechtsruck sowie einem massiv verschärften Klassenkampf von oben konfrontiert“ sind. Dieser „aktuellen Bedrohung“ muss deshalb „unsere demokratische Gegenmacht in der Arbeitswelt und der gesamten Gesellschaft viel entschiedener und einheitlicher als bisher“ entgegengestellt werden.

Foto: Helmut Roos.

Konferenz „Betriebsräte im Visier“ in Mannheim, 10.10.2026.

Am 16. Oktober 2027 findet in Mannheim die 14. Bundeskonferenz „Betriebsräte im Visier“ statt. ■

Entschließung der 13. Bundeskonferenz „Betriebsräte im Visier”
Gerechtigkeit erkämpfen! Demokratische Rechte in der Arbeitswelt stärken!

Die weltweiten autoritären Entwicklungen führen laut Internationalem Gewerkschaftsbund (IGB) zu immer unverhüllteren Aggressionen gegen arbeitende Menschen, ihre Rechte und ihre betrieblichen wie gewerkschaftlichen Interessenvertretungen. Nicht zuletzt deshalb spricht der IGB von einem *Putsch der Milliardäre gegen Demokratie*.

Auch in Deutschland finden koordinierte Angriffe aus Politik und Wirtschaft in diesem Sinne statt. BDA-Präsident Dulger diffamiert Betriebsräte als „Standortrisiko“.

Bei den diesjährigen Betriebsratswahlen war eine weitere Radikalisierung des Bossings und Mobbings gegen Kandidierende festzustellen. Bereits im Vorfeld häuften sich die Versuche von Geschäftsleitungen, die gesetzlich geregelte Durchführung von BR-Wahlen zu be- oder zu verhindern.

Mit Verleumdungen, systematischer Einschüchterung und Verdachtskündigungen, die auf faschistisches Arbeitsunrecht zurückgehen, gingen Manager und Unrechtsanwälte als hochbezahlte Handlanger gegen aktive BR- und Gewerkschaftsmitglieder vor.

Viele wurden durch langanhaltendes Mobbing so zermürbt, dass sie nicht mehr kandidierten oder sogar das Unternehmen verließen.

In Einzelfällen kam es überdies zu betrügerischen Insolvenzen, um sich des Betriebsrats und der Tarifbindung zu entledigen.

Solche illegalen Machenschaften konnten manchmal erfolgreich gestoppt werden. Aber die Hemmungslosigkeit der Angriffe auf Menschen, die ihre Rechte aus dem Betriebsverfassungsgesetz wahrnehmen, ist alarmierend.

Laut Statistischem Bundesamt wurden 2025 in der Privatwirtschaft nur noch 35 % der Beschäftigten von Betriebsräten (in Firmen mit mehr als fünf Beschäftigten) vertreten.

Diese gefährlichen, unsere demokratischen Rechte zersetzenden Entwicklungen sind jedoch für die Bundesregierung und die Landesregierungen kein Thema. Auch von der Öffentlichkeit und den meisten Medien werden diese skandalösen Zustände in der Regel weiterhin ignoriert.

Wirksamer Widerstand gegen die Missachtung von Grund- und Menschenrechten wird ohne eine konsequente Stärkung demokratischer, gewerkschaftlicher Gegenmacht in der Arbeitswelt nicht möglich sein.

Nur so können die zunehmenden Attacken auf Arbeits- und Ausbildungsplätze, auf Betriebsräte, Gewerkschaften sowie auf tarifvertraglich geregelte Arbeitsbedingungen zurückgeschlagen werden. Nur so kann auch der durch den Putsch der Milliardäre geförderte bedrohliche Rechtsruck gestoppt werden.

Dies ist die Aufgabe aller demokratischen Kräfte, insbesondere aber unserer Gewerkschaften.

Nur wer solidarisch kämpft, kann gewinnen!

Mannheim, 10. Oktober 2026

„Schluss jetzt. Protest, Widerstand, Streik!“ (II)*

Kämpferische IGM-Vorhut aus Untertürkheim

H. N.

Die aktuelle Positionierung von IGM-Betriebsräten und Vertrauensleuten des Mercedes-Benz-Werks Untertürkheim steht in scharfem Kontrast zu den bis vor kurzem sowohl von der Stuttgarter Bezirksleitung als auch der Gewerkschaftsspitze in Frankfurt noch offen gehegten Träumen von der „Sozialpartnerschaft mit dem Kapital“.

Besonders kooperativ zeigte sich die Erste Vorsitzende der IG Metall, Benner, als sie im Sommer einer vertieften Zusammenarbeit mit dem Kapital zur „Sicherung des Standorts Deutschland“ das Wort redete.

Aufbruch mit dem Kapital?

Ihren gemeinsam mit dem BDI-Präsidenten Leibinger und dem Vorsitzenden der IGBCE, Vassiliadis, verfassten Gastkommentar veröffentlichte das *Handelsblatt* am 29. Juni 2026. Unter der Überschrift „Deutschland braucht Haltungsänderung – Kein Wohlstand ohne Aufbruch“ sind sehr bezeichnende Sätze zu lesen. Sie könnten direkt aus den Propaganda-Versatzstücken der „Arbeitgeber“ kopiert sein.

Beispiele gefällig? Bitte sehr: „**Wir müssen mehr wollen und leisten, indem wir die interne Organisationslogik von** Parteien, Wirtschaftsverbänden, **Gewerkschaften** und NGOs **überwinden**. **Wir müssen heraus aus diesen Rollenspielen** – um unseres Landes willen und um derjenigen willen, die weiterhin auf ein starkes Deutschland angewiesen sind. Industrieverbände und Industriegewerkschaften sind **gemeinsam bereit für eine Agenda für ein zukunftsfähiges Deutschland – die Kosten senkt, auch die vom Staat verursachten, und Arbeitsvolumen und Produktivität erhöht.**“ [Hervorhebungen von H. N.]

Zurückweichen oder kämpfen?

Die Reaktion aus Untertürkheim ließ nicht sehr lange auf sich warten. Am 3. August 2026 wandten sich die Kolleg:innen in einem Offenen Brief an den Vorstand, die Bezirksleitungen und die Geschäftsstellen der IG Metall.

Darin äußern sie ihre Empörung über den oben erwähnten Gastkommentar: „Mit dem Kapital gemeinsam die Feder zu schwingen und gleichzeitig uns Mitgliedern die Kampfbereitschaft zu predigen [,] hat mit Authentizität nichts zu tun. […] Damit spricht unsere Vorsitzende weder in unserem Namen noch im Namen der vielen Tausend aktiven betrieblichen Kolleginnen und Kollegen, die hinter uns stehen.“

Und weiter: „Die Unternehmerverbände, die Bundesregierung und wir Beschäftigten verfolgen gegenwärtig offensichtlich sehr unterschiedliche Interessen. Sie wollen auf unseren Kosten ihre Krise überwinden und ihre Profite sichern oder ausweiten. Wir dagegen wollen gute Arbeitsstandards erhalten, soziale Sicherheit, bezahlbaren Wohnraum, gute Bildung, Gesundheit und Frieden. […] Deshalb raten wir unserer IG Metall dringend zu Folgendem: Kein Zurückweichen in der kommenden Tarifrunde. Wir wollen und müssen kämpfen.“

Verschärfter Klassenkampf von oben

Die berechtigte Kritik an dem Schulterschluss von Benner (und Vassiliadis) mit dem „milliardenschweren BDI-Präsidenten“ Leibinger kam dem Vernehmen nach im Büro der Ersten Vorsitzenden der IG Metall gar nicht gut an.

Knapp ein Vierteljahr später ist der Generalangriff von Regierung & Kapital auf die arbeitende Klasse und die Gewerkschaften nicht nur nicht beendet, sondern sogar noch verschärft worden.

Das unverschämte „Angebot“ der Metall-Kapitalisten beim 2. Verhandlungstermin in der laufenden Tarifrunde der Metall- und Elektroindustrie spricht Bände. Es bedeutet – ganz im Sinne der im Handelsblatt eingeforderten „Kostensenkung“ – einen, angesichts der ständig steigenden Lebenshaltungskosten, massiven weiteren Reallohnabbau.

„Gegenwehr jetzt!“

Nun geht es für die IG Metall noch mehr als zuvor um „Gegenwehr jetzt!“. So heißt auch der Aufruf, der auf Initiative und mit Unterstützung des Überbetrieblichen Solidaritätskomitees Rhein-Neckar von IGM-Betriebsräten und Vertrauensleuten aus Untertürkheim verbreitet worden ist. Er fordert: „Wir müssen dem Klassenkampf von oben unseren entschlossenen gemeinsamen gewerkschaftlichen Widerstand entgegensetzen!“.

Widerstand bedeutet in der heutigen Situation, nicht nur die ab dem 1. November geplanten Warnstreiks durchzuführen. Widerstand erfordert auch mehr als die danach möglicherweise stattfindenden 24-Stundenstreiks. Widerstand heißt, den Klassenkampf der Kapitalseite mit dem Erzwingungsstreik zu beantworten. ■

DGB-Demo in Stuttgart, 26. September 2026. *Foto: Helmut Roos.*

* [Teil I wurde in der September-Ausgabe von *Avanti²* veröffentlicht.]

Einstufung des Leipziger Drohnenvorfalls als „feindstaatliche Operation“ (II)*

Regierung erlaubt sich militärische Aktionen gegen Russland

M. K.

Die von der Bundesregierung ohne vorliegende Beweise beschlossenen Konsequenzen auf den Drohnenvorfall von Leipzig trafen bei den Medien kaum auf Kritik. Es sei denn, dass die Maßnahmen als zu spät, zu lasch und unzureichend kritisiert wurden.

Der Drohnenvorfall von Leipzig wurde seitens der Bundesregierung als „feindstaatliche Operation“ eingestuft (vgl. hierzu Teil I dieses Artikels in *Avanti²*, Nr. 146). Die Folge ist, dass sie jetzt Militäroperationen anordnen kann, die nicht „mandatierungspflichtig“ sind.

Wenn für die Bundesregierung ein Einsatz nicht als „bewaffnete Unternehmung“ im Sinne des Parlamentsbeteiligungsgesetzes gilt, dann ist sie nicht verpflichtet, den Bundestag zu informieren oder seine Zustimmung einzuholen.

Damit kann die Exekutive faktisch militärisch handeln, ohne dass das Parlament beteiligt wird. Und die Kriegstreiber können noch ungestörter agieren …

Exekutive Grauzone

Wir fassen zusammen: Nach § 2 Abs. 2 Parlamentsbeteiligungsgesetz und Bundestagsdrucksache 19/17711 sind militärische Maßnahmen, die als Reaktion auf sogenannte „feindstaatliche Operationen“ erfolgen, nicht mandatierungspflichtig. Sie gelten als sicherheitspolitische oder vorbereitende Maßnahmen und können daher ohne Zustimmung und auch ohne Information des Bundestages durchgeführt werden.

Diese Praxis schafft eine exekutive Grauzone, in der militärische Gewalt unterhalb der Kriegsschwelle ohne parlamentarische Kontrolle möglich ist.

Diese Rechtslage ist nicht darauf ausgelegt, ganze Kriege ohne Parlamentsbeteiligung zu führen, aber sie öffnet eine Eskalationskette, die faktisch genau dorthin führen kann.

Gefahr der Eskalation

Es gibt mehrere sicherheitspolitische Analysen, die davor warnen, dass solche „nicht mandatierungspflichtigen“ Maßnahmen Eskalationsspiralen auslösen können.

Eine Studie der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) „Hybride Konflikte und die Rolle der Bundeswehr“ (2018) warnt, die Reaktion auf hybride Bedrohungen erfolge oft exekutiv, ohne parlamentarische Kontrolle. Diese Maßnahmen könnten unbeabsichtigt militärische Eskalationen auslösen.

Das *Bundeswehr-Weißbuch* 2016 stellt in Kapitel 3.2 lapidar fest: „Die Bundeswehr kann zur Abwehr hybrider Angriffe eingesetzt werden, auch wenn kein Verteidigungsfall festgestellt ist.“

Herfried Münkler merkt in seinem Buch *Der neue Krieg* (2020) an, dass Kriege zunehmend aus einer Kette kleiner, nicht erklärter militärischer Interventionen entstehen.

Carlo Masala schließlich konstatiert in seinem Buch *Weltunordnung* aus dem Jahr 2022: Die Unschärfe zwischen Verteidigung und Angriff schafft Räume, in denen Staaten militärisch handeln, ohne Krieg zu erklären und dies sei oft der Beginn größerer Konflikte.

Aushebelung des Friedensgebots

Seit dem 1. September 2026 liegt es also in den Händen der Bundesregierung, Maßnahmen zu ergreifen, die zu einem großen, verheerenden Krieg führen können. In der wichtigsten aller politischen Fragen, der Frage Krieg oder Frieden, sind die politischen Korrekturmechanismen der parlamentarischen Demokratie der Bundesrepublik in krassem Widerspruch zum Friedensgebot des Grundgesetzes (GG) faktisch suspendiert.

Es verpflichtet, den Staat so einzurichten, dass er für die Erhaltung und Ausweitung von Frieden eintritt. Dieser „Frieden“ wird im Grundgesetz so beschrieben, dass nicht nur ein aktiver „Angriffskrieg“, sondern nach Artikel 26 GG jede „friedensstörende Handlung […] verfassungswidrig und unter Strafe“ zu stellen ist.

Zudem genießt das „Gewaltverbot“ der UN-Charta über Artikel 25 GG („Regeln des Völkerrechtes sind Bestandteil des Bundesrechtes“) hinaus einen verbindlichen Rechtsstatus und nach Artikel 24 GG kommen für die Bundesrepublik als Bündnis nur solche „Systeme kollektiver Sicherheit“ in Frage, die „zur Sicherung des Friedens“ dienen. ■

* [Teil I wurde in der Oktober-Ausgabe von *Avanti²* veröffentlicht.]

Antikriegsprotest in Heidelberg, 3. Oktober 2024. *Foto:* Avanti².

Wo bleibt der heiße Herbst?

Erhellender Oktober-Infoabend der ISO Rhein-Neckar

A. N.

Ausnahmsweise an einem Mittwoch traf sich eine kleine Schar von Aktiven am 14. Oktober in Präsenz und im Netz zu unserem monatlichen Infoabend, um sich die Frage zu stellen: „Wo bleibt der heiße Herbst?“

Die geplanten und teilweise bereits beschlossenen „Reformen“ der Merz-Klingbeil-Regierung heizen ordentlich ein – im übertragenden Sinne, weniger im wörtlichen. Denn die Erfüllung von Grundbedürfnissen wie einer geheizten Wohnung im stürmischen Herbst und kalten Winter werden bei immer mehr Menschen von der herrschenden Politik verhindert.

Unser Referent stellte dar, wie die „Reformen“ sich einreihen in diese rauen Zeiten von Klimakatastrophe, Rechtsruck und drohendem Faschismus, Militarisierung, Angriffen auf erkämpfte Grund- und Arbeitsrechte sowie Gesundheits- und Sozialsysteme. Wir erleben einen Generalangriff, der keinen Lebensbereich unberührt lässt.

Klassenkampf von oben

In der Arbeitswelt zeige sich der Klassenkampf von oben durch die Vernichtung hunderttausender tarifgebundener Arbeits- und Ausbildungsplätze, Standortschließungen, Verlagerungen sowie Erpressungen, um Zugeständnisse zu erzwingen. Betriebliche und tarifliche Errungenschaften wie die 35-Stundenwoche und der 8-Stundentag werden angegriffen. Auch bei den Entgelten machen die Kapitalisten bei ihren Angriffen keinen Halt. Belegschaften werden noch mehr in unterschiedliche Abteilungen oder Standorte gespalten, Stammbelegschaften gegen Leiharbeitende und externe Werkvertragsbeschäftigte ausgespielt, um eine kämpferische, vereinte Gegenwehr zu erschweren.

Während die arbeitende Klasse immer mehr gespalten und in prekäre Arbeits- und Lebensbedingungen gedrängt wird, werden Multimillionäre und Milliardäre in ihrer offenbar grenzenlosen Profitsteigerung begünstigt. Militarisierung, Faschismus, Nationalismus und eine immer perfidere Abschottungspolitik führen zu einer lebensbedrohlichen und oft tödlichen Entmenschlichung einer großen Gruppe von Armen und Entrechteten.

Ende September zeigten Hunderttausende, dass sie diese Verhältnisse so nicht mehr hinnehmen wollen. Der IG Metall-Protesttag am 21.09., der Schulstreik gegen die „Wehrpflicht“ am 25.09. und die bundesweiten DGB-Demos gegen den Sozialkahlschlag am 26.09. brachten gut 400.000 Menschen auf die Straße. Allerdings liefen die Protesttage zwar in zeitlicher, nicht aber in organisatorischer Nähe zueinander. Den großen DGB-Protesttag auf einen Samstag zu legen, nahm die Möglichkeit, ökonomischen Druck zu erzeugen. Stattdessen setzen Gewerkschaftsführungen auf „runde Tische“ und „Kompromisse“.

Gegenwehr jetzt!

Die zahme, sozialpartnerschaftliche Gewerkschaftspolitik der letzten Jahrzehnte führt auch dazu, dass die arbeitende Klasse nicht kampferprobt ist. Dabei betonte unser Referent, dass es durchaus möglich ist, auf den Generalangriff mit einem politischen Streik zu antworten. Unsere Kolleg:innen und Genoss:innen in Frankreich, Italien, Spanien und anderswo können uns dabei inspirieren. Der politische Streik gilt nach der durch ehemalige Nazi-Juristen geprägten herrschenden Meinung des Bundesarbeitsgerichts in Deutschland zwar als unzulässig, gesetzlich festgeschrieben ist dies aber nicht.

Der Unmut in der Bevölkerung wächst und es bilden sich immer mehr Initiativen einer kämpferischen Gegenwehr. Ein Beispiel hierfür ist der Aufruf „Gegenwehr jetzt“ (www.change.org/p/gegenwehr-jetzt), der fordert: „Gegen Klassenkampf von oben mit konsequentem Widerstand von unten“.

Diese und andere Initiativen gilt es zusammenzuführen, um einen wirklich breiten, kämpferischen Widerstand zu organisieren. Beginnen wir damit in unserem eigenen Lebens- und Arbeitsumfeld! ■

DGB-Demo in Stuttgart, 26. September 2026. *Foto: Helmut Roos.*

Sozialer Widerstand – keine ferne Utopie?

Herbstseminar der ISO Rhein-Neckar am Samstag, 14. November 2026, um 13:30 Uhr in Mannheim

O. R.

Seit Jahren sind wir immer weiteren Angriffen und Krisen ausgesetzt. Sie haben sich in der letzten Zeit rasant beschleunigt und verschärft. Wir sind gerade gut genug, um unsere Arbeitskraft zu geben für die Profite der Reichen, um zu sterben in ihren Kriegen, um die Last ihrer maßlosen Produktion und Extraktion in immer neuen „Natur"-Katastrophen zu tragen.

Doch immer mehr Menschen machen deutlich: Es reicht uns! Das lassen wir nicht mehr mit uns machen. Im Vergleich zu der Bewegung in Frankreich, aber auch zu den geplanten Generalstreiks in Spanien und Italien, sind die Ansätze einer Gegenwehr in Deutschland noch zarte Pflänzchen. Doch das muss nicht so bleiben.

Deswegen widmen wir uns in unserem diesjährigen Herbstseminar in zwei Blöcken der Frage, wie ein breiter sozialer Widerstand aufgebaut werden kann.

1. Vom Protest zum Widerstand

In der Geschichte der Klassenkämpfe gab es immer wieder Proteste gegen die Unterdrückung und Ausbeutung durch die Herrschenden. Manchmal wurden daraus breit getragene Widerstandsbewegungen. Woran macht sich der Unterschied zwischen Protest und Widerstand fest? In welchen geschichtlichen Situationen wurde Protest erfolgreich in Widerstand übersetzt? Wie organisierten Menschen den Widerstand? Und wie widersetzten sie sich dem herrschenden System?

2. Sozialer Widerstand heute

Aus historischen Beispielen lässt sich vieles Lernen. Wir können sie aber nicht einfach kopieren. So befassen wir uns im zweiten Block damit, welche Bedingungen wir heute vorfinden: Welche politischen, sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Entwicklungen erleben wir? Wo regt sich bereits Protest? Und welche Personengruppen könnten wir für eine breite solidarische Front gewinnen?

Schließlich gehört zum Widerstand aber auch eine Perspektive: Was können wir realistisch gesehen mit welchen Methoden und Protestformen erreichen? Auf welche gesellschaftliche Alternative zum Kapitalismus arbeiten wir hin?

Dabei setzen wir uns nicht zuletzt mit der weltweiten Militarisierung und dem Konzept der sozialen Verteidigung auseinander, das mit der Kriegslogik zu brechen verspricht.

Gemeinsamer Austausch

Auf unserem Seminar haben wir ausreichend Zeit zu diskutieren, nachzufragen und zu überlegen, wie wir die Inhalte auf unsere konkrete Situation im Betrieb, in der Nachbarschaft, im Verein, in unserem Lebensumfeld beziehen können.

Mit Kurzfilmen und Musik wollen wir uns auch kulturell verschiedenen Protesten und Widerstandsbewegungen annähern und uns inspirieren lassen.

Wir freuen uns sehr auf Eure Teilnahme und bitten aus organisatorischen Gründen um verbindliche Anmeldung. ■

Seminarinfos

Ort
Mannheim

Datum/Uhrzeit
Samstag, 14. November 2026, Beginn um 13:30 Uhr, Ende um ca. 18:30 Uhr.

Anmeldung
Direkt bei unseren Aktiven oder per E-Mail an info@iso-rhein-neckar.de.

Roter Holzteufel in Hölle, 03.04.2018.

Die ungarische Oktoberrevolution vor 70 Jahren
Arbeiterräte gegen Stalinismus

E. B.

Der Ungarnaufstand vor 70 Jahren begann am 23. Oktober 1956. An diesem Tag demonstrierten Studierende friedlich in Budapest für die demokratische Umgestaltung des Landes nach dem Vorbild Polens.

Zehntausende schlossen sich ihrem Protestmarsch an. Das stalinistische Regime ließ auf die Menge schießen. Gegen diese Gewalt entwickelte sich ein zunächst erfolgreicher bewaffneter Widerstand. Vor allem aber bildeten sich in den Betrieben spontan Räte der Werktätigen. Sie übernahmen in der Regel die Leitung der Fabriken, organisierten die Produktion und forderten eine echte Arbeiterdemokratie. Nicht zuletzt koordinierten sie auch die Unterstützung für die kämpfenden Aufständischen auf den Straßen.

Wenige Tage später bildete sich eine neue Regierung unter dem „Reformkommunisten" Imre Nagy. Er versprach die Einführung einer Mehrparteien-Demokratie, die Unabhängigkeit von der Sowjetunion, die Neutralität Ungarns und den Austritt aus dem Warschauer Pakt.

Für die Moskauer Staats- und Parteiführung war dies völlig unakzeptabel. Am 4. November schlugen sowjetische Truppen die ungarische Oktoberrevolution blutig nieder und installierten ein prosowjetisches Regime. Das ließ hunderte Aufständische – darunter Imre Nagy – hinrichten, Zehntausende einkerkern und die Arbeiterräte systematisch unterdrücken. ■

Zerstörter T-34 Kampfpanzer im Budapest, November 1956.

ISO/IV. Internationale
Wer wir sind und was wir wollen

Die Internationale Sozialistische Organisation (ISO) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert die ISO alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Sie unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Sie setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Sie fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel der ISO ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen. ■

TERMINE (weitere Infos bei der ISO Rhein-Neckar)

- SO, 1.11.26, 0 Uhr, Ende der Friedensplicht für die IG Metall
- DO, 5.11.26, 19 Uhr, Veranstaltung „Zerfall der Weltordnung", B5,19a, MA
- DI,10.11.26, 19 Uhr, Veranstaltung: „‚Wir Bleiben' – Palästina und der israelische Vertreibungsplan", Ort noch nicht bekannt, MA
- DO, 12.11.26, 18 Uhr, Veranstaltung „Demokratie neu denken", Rheinaustr. 21-23, MA
- DO, 12.11. 26, 15:00 Uhr, Überbetriebliches Solidaritätskomitee Rhein-Neckar, IGM-Konferenzraum, Gewerkschaftshaus, MA
- SAM, 14.11.26, 13:30 Uhr, ISO-Herbstseminar „Sozialer Widerstand – keine ferne Utopie?", MA
- DO, 19.11.26, 19 Uhr, „Wer Frieden will, muss mit dem Feind reden", F 2,6, MA
- FR, 20.11.26, 19 Uhr, Veranstaltung „Von der Jugendrevolte in Frankreich zum allgemeinen Sozialprotest", Gewerkschaftshaus, MA
- DO, 26.11.26, 18:30 Uhr, Veranstaltung, „Kriegstüchtig an allen Fronten", Beim Alex, Breslauer Straße 40, Weinheim
- SAM, 28.11.26, 20 Uhr, „Dinge | über | Leben", Werkhaus des NTM, Mozartstr. 9-11, MA

Vorschau:

- SAM, 16.12.26, 16 Uhr, Jahresendfeier der ISO Rhein-Neckar, MA

Impressum:
ISO Rhein-Neckar
ViSdP.: ISO, 68026 MA

ISO, Postfach 10 26 10, D-68026 Mannheim
Tel./Fax: +49 (0) 621/429 481 54
Email: info@iso-4-rhein-neckar.de

Netz: www.iso-4-rhein-neckar.de
Facebook: www.facebook.com/iso.4.rn
Instagram: www.instagram.com/isorheinneckar